

<u>Beratungsabfolge:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Sitzungsart:</u>
Gemeinderat	11.01.2023	öffentlich

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu PV-Anlagen**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu PV-Anlagen in die Diskussion zur Klimaschutzkonzeption zu verweisen.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	<u>Im Haushaltsplan bereitgestellte Mittel:</u>
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
<u>Überschreitung:</u>	<u>Investitionsauftrag / Kostenstelle:</u>
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
<u>Finanzierungsvorschlag:</u>	
<u>Geschätzter jährlicher Aufwand:</u>	
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Abschreibungen €
	Personal- / Sachaufwand €

Sachvortrag und Begründung:

Von Bündnis 90/ Die Grünen ist ein Antrag zur Errichtung einer PV-Anlage auf der Kita Wirbelwind sowie auf dem Bauhof eingegangen. Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt bei der Erarbeitung der gemeindlichen Klimaschutzkonzeption ist die Prüfung des Potenzials von Solar auf öffentlichen Dächern sowie die Festlegung von geeigneten Standorten. In der Klimaschutzkonzeption werden dabei alle Optionen untersucht und es wird eine Priorisierung vorgenommen. Grundsätzlich unterstützt die Gemeindeverwaltung die Untersuchung, an welchen öffentlichen Gebäuden zusätzliche Photovoltaikanlagen ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll sind. Genau diese Diskussionen sollen aus Sicht der Verwaltung in der geplanten Erstellung einer eigenen Klimaschutzkonzeption für unsere Gemeinde gebündelt werden. Da in diesem Prozess eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, empfiehlt sich derzeit noch keine Vorfestlegung - auch wenn inhaltlich eine große Übereinstimmung vorhanden ist.

Die geplante interkommunale Klimaschutzkonzeption für die Gemeinden Schwieberdingen und Hemmingen kann dann begonnen werden, wenn wir eine Zusage über die beantragten Fördermittel erhalten haben. Ein Beginn vor offiziellem Fördermittelbescheid ist Fördermittelschädlich. Gerne hätten beide Verwaltungen die von Seiten der LEA organisierte Diskussion zur Klimaschutzkonzeption bereits im Jahr 2022 begonnen – bis zum heutigen Tag liegt aber leider kein Fördermittelbescheid vor. Nach Informationen des Fördermittelgebers liegt dies an der hohen Anzahl von eingereichten Fördermittelanfragen und einer Arbeitsüberlastung der zu prüfenden Stelle. Beide Verwaltungen rechnen mit einer Zusage im ersten Halbjahr 2023. Danach erfolgt unmittelbar der Start in die geplante Konzeption.

Die Verwaltung empfiehlt, keine inhaltliche Vorfestlegung zu treffen und den Antrag deshalb nicht im Haushaltplan für das Jahr 2023 zu berücksichtigen.

An dieser Stelle weist die Verwaltung auf die Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu den Themen „Klimaschutzmanager/in“ sowie „Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden“ aus dem Jahr 2021 hin, die beide ebenfalls mit derselben Begründung bereits in die Diskussion zur Erstellung einer Klimaschutzkonzeption mit Bürgerbeteiligung verwiesen wurden. Aus Sicht der Verwaltung gilt diese Beschlusslage (vgl. GR 15.12.2021) sowohl für allgemeine Planungen als auch für explizite Vorschläge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen an bestimmten Standorten.

Die Verwaltung weist zudem ergänzend darauf hin, dass bei dem nun eingereichten Antrag seitens des Antragsstellers noch ein entsprechender Finanzierungsvorschlag nachgereicht werden muss und empfiehlt dem Gemeinderat, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu PV-Anlagen analog der bisherigen Beschlusslage in die Diskussion zur Klimaschutzkonzeption zu verweisen.

Anlage 1 - Antrag für Photovoltaikanlagen Haushalt 2023